

GR. Kurt HOHENSINNER

20.10.2011

## **A N T R A G**

Betr.: Ausarbeitung eines Startwohnungskonzeptes und die Zweckwidmung zweihundert der geplanten fünfhundert Übertragungs- Gemeindewohnungen als Startwohnungen für junge Menschen

Der Wohnungsmarkt ist für junge Nachfrager zu einer schwierigen Hürde bei der Realisierung von Lebensplänen geworden. Oft wird er zum wichtigen Faktor der partiellen sozialen und ökonomischen Ausgrenzung unterprivilegierter Jugendlicher und junger Erwachsener, da Wohn- und Arbeitssituation mit individueller Entfaltung und sozialer Anerkennung eng verknüpft sind.

Viele junge Menschen können sich heute die Kautions- bzw. Maklerprovision nicht leisten.

Die 10.500 Gemeinde- bzw. Übertragungswohnungen stehen jungen Menschen durch das Punktesystem - welches ohne Zweifel ein GUTES ist, aber auf Jugendliche keine Rücksicht nimmt - kaum bis gar nicht zur Verfügung.

Deshalb ist die Stadt gefordert, zweihundert der geplanten fünfhundert Übertragungs-Gemeindewohnungen für junge Menschen bereitzustellen. Für die spezielle Vergabe wird ein, wie auch bereits vom zuständigen Landesrat Hans Seitinger angeregtes, innovatives Startwohnungskonzept ausgearbeitet werden. Unser Vorschlag: Jugendliche bis 27 Jahren können kleine Startwohnungen für die Dauer von 3 Jahren beantragen. Der Junge Mensch hat mit diesem Modell gegenüber dem freien Wohnungsmarkt eine günstige Miete zu bezahlen, legt aber monatlich 100 Euro auf ein „Rücklagenkonto“. Nach drei Jahren haben die Jugendlichen einen Betrag von 3.600 Euro angespart und können damit am freien Wohnungsmarkt Fuß fassen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Zweihundert der rund fünfhundert geplanten Übertragungs-Gemeindewohnungen werden für Jugendliche bis 27 Jahre zweckgebunden.

Die für die Gemeindewohnungen zuständige Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt, ein innovatives Startwohnungskonzept - unter Einbeziehung der Jugendsprecher aller Fraktionen - zu erstellen und in der Februar (2012) dem Gemeinderat zu präsentieren. Das Wohnungsamt soll ab sofort alle notwendigen Planungsschritte mit den Landesstellen und den Wohnbauträgern in Angriff nehmen.

GR. Kurt Hohensinner

22.09.2011

## **A N T R A G**

Betr.: Maßnahmen gegen Graffiti Vandalismus und die Bereitstellung von legalen Graffiti Flächen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Graffiti-Kunst wird zum Graffiti-Vandalismus, wenn das Eigentum von Menschen bzw. der Öffentlichkeit beschädigt wird. Kaum ein Fleck an öffentlichen Flächen wurde in den letzten Jahren von Graffiti-Vandalen verschont.

Obwohl diese Art von Vandalismus einen extrem hohen Schaden verursacht, gehen die zuständigen Behörden viel zu unentschlossen gegen diese Sachbeschädigungen vor. Hierzu ist eine Graffiti-Datenbank zu prüfen, um effektiver gegen die Verursacher vorzugehen.

<http://www.kcsicherheit.de/kcs/schwerpunkte/graffiti/index.html>

Als Kulturhauptstadt ist Graz aber auch gefordert, die Graffiti-Kunst zu fördern. Hier wurden in der Vergangenheit auf einigen sehr frequentierten Plätzen öffentliche Flächen (Murpromenade oder Augartenpark) offiziell für Graffiti-Sprayer bereitgestellt. Diese Pilotprojekte konnten bereits einige Erfolge einfahren. Nun ist es Zeit, dieses Modell in **allen Bezirken** anzubieten. Beispielsweise könnten die Graz-Linien die Unterführung zwischen den Haltestellen „Maut Andritz“ und „Grazer Straße“ (auch die Radwegunterführung), die neue Fußgängerüberdachung am Flughafen (400 Meter), Mauern um das Messeareal oder Flächen entlang des Radweges nach Maria Trost als „legale“ Fläche in diese Überlegungen einbeziehen.

Daher stelle ich namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs den

### **A n t r a g,**

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

- Die Liegenschaftsabteilungen des Hauses Graz sollen prüfen, welche attraktiven Flächen sich in der Stadt für legale „Graffiti – Kunst“ eignen. Hierzu sollen die zuständigen Ämter bis zur Gemeinderatssitzung im Jänner eine Liste ausarbeiten.
- Die zuständigen Ämter sollen gemeinsam mit der Polizei geeignete Maßnahmen – wie beispielsweise eine Graffitidatenbank - ausarbeiten, um effektiver gegen die „Vandalen – Sprayer“ vorgehen zu können.

GR Kurt Hohensinner, MBA

20. Oktober 2011

## **A N T R A G**

Betr.: Städtische Unterstützung der „Bookcrossing Bewegung“

Die Leseschwäche vieler junger aber auch älterer Menschen ist nicht erst seit den Pisa-Erhebungen eine traurige Realität. Die Bildungspolitik versucht mit verschiedenen Konzepten, die Lesekompetenz der Kinder zu stärken. Der Hebel gehört aber gerade in der Freizeitgestaltung angesetzt. Andere Länder, Städte unterstützen aktiv den Trend des „Bookcrossings“.

Verschiedene Orte, wie Cafehäuser, öffentliche Plätze, transparente Kisten oder auch Telefonzellen werden zu Buchtauschbörsen. Jede/r TeilnehmerIn bringt bereits gelesene Bücher ein und kann sich seine gewünschten „Schinken“ entlehnen. Die Fangemeinde organisiert sich über das Internet. Die Vorteile liegen in der Niederschwelligkeit, im günstigen Zugang zu neuem Lesestoff und vor allem in der Idee, seine eigenen Bücher nicht im Regal verstauben zu lassen.

Die bereits bestehenden Bookcrossing-Stationen in Graz:

<http://www.bookcrossing.at.tf/>

Beispiel Köln:

<http://stadtbibliothekkoeln.wordpress.com/2011/04/26/bookcrossing/>

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

### **A n t r a g :**

Der Grazer Gemeinderat ersucht die für die Bibliotheken zuständige Stadträtin Mag. Sonja Grabner in Kooperation mit dem für Kultur verantwortlichen Stadtrat Mag. Edmund Müller sowie mit dem für die Liegenschaften zuständigen Stadtrat Univ.Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, die Bookcrossing Gemeinschaft in Graz zu unterstützen, indem auch verschiedene öffentliche Flächen für den Bücher-austausch bereitgestellt werden.

GR. Peter MAYR

20.10.2011

## **A N T R A G**

Betr.: Beschilderung Botanischer Garten

Anlässlich des Jubiläums zum 200 jährigen Bestand des Botanischen Gartens in diesem Jahr wurde von Seiten der Universität und des Vereins der Freunde des Botanischen Gartens (Obmann Em.o.Univ.-Prof. Dr. Thomas Kenner) der Wunsch an die Stadt herangetragen, an den Hauptverkehrsstraßen in der Umgebung des Botanischen Gartens Hinweisschilder für die Zufahrt anzubringen, wie dies auch bei anderen wesentlichen Sehenswürdigkeiten der Stadt Graz üblich ist.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs den

### **Antrag,**

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, den im Motivenbericht geäußerten Wunsch in geeigneter Weise zur Umsetzung zu bringen.

GR Mag. Gerhard Spath  
GR Sissi Potzinger  
GR DI Gunther Linhart  
GR Johann Koroschetz

20. 10. 2011

## **A N T R A G**

**Betr.:** Umsetzung des zweiten Teilabschnittes des projektierten Regenwasserkanals in der St. Peter Hauptstraße

In der Lebensqualitätsindikatorenstudie 2009 gaben 97% der Bevölkerung von St. Peter an, dass sie gerne in St. Peter leben und attestierten dem Bezirk eine hohe Lebensqualität. Mittlerweile dürfte sich dies, zumindest westlich der St. Peter Hauptstraße, geändert haben.

Der Regen am 1. September dJ hat das Fass, im wahrsten Sinne des Wortes, zum Überlaufen gebracht. In nur 40 Minuten ist der Petersbach an den schon 2005 und 2009 betroffenen Stellen über die Ufer getreten und hat Grundstücke, Tiefgaragen und Keller überflutet. Es mag meteorologisch ein „Jahrhundertniederschlag“ gewesen sein, nur diesen Jahrhundertregen erlebte die Bevölkerung in den letzten 6 Jahren 3-mal.

Mit Juni 2010 begann die Realisierung des Regenwasserkanals in der St. Peter Hauptstraße und die Neuverrohrung des Petersbaches unter der St. Peter Hauptstraße. Es wurde daran auch (fast immer) zügig gearbeitet und die günstige Wetterlage ließ eine raschere Fertigstellung als geplant zu, sodass in ca. einem Monat die Baustelle beendet sein sollte.

Der Regenwasserkanal ist dann allerdings nur bis zum Sternäckerweg errichtet, nicht wie geplant, bis zur Kreuzung Moosbrunnweg/Styriastraße. Dieser 2. Bauabschnitt ist im neuen Straßenbauprogramm des Landes für die nächsten Jahre nicht vorgesehen, heißt es von Seiten des Landes. Weil auch die Sanierung des Petersbaches im Unterlauf bis zur Mur nicht fertiggestellt und der Durchlass des Petersbaches daher gedrosselt ist, kommt es immer wieder zu Überflutungen westlich der St. Peter Hauptstraße zwischen der Petrifelderstraße und dem St. Peter Gürtel.

Fazit ist, dass der von Überschwemmungen stark belasteten Bevölkerung durch die Errichtung des zweiten Teilabschnittes des projektierten Regenwasserkanals in der St. Peter Hauptstraße und die Regulierung des Petersbaches rasch geholfen werden muss, damit in den kommenden Jahren die „Jahrhundertniederschläge“ nicht wieder exorbitante Schäden an Häusern, Garagen und Eigentum anrichten können.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher folgenden

**Antrag:**

Der Landesgesetzgeber und die damit befassten Magistratsabteilungen werden aufgefordert, angesichts der ständig wiederkehrenden Hochwasserproblematik umgehend mit der Umsetzung des zweiten Teilabschnittes des projektierten Regenwasserkanals in der St. Peter Hauptstraße vom Sternäckerweg bis zur Kreuzung Moosbrunnweg/Styriastraße zu beginnen und die Umsetzung der im Grazer Bäche Programm vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere die Regulierung des Petersbaches bis zur Einmündung in die Mur, raschest umzusetzen.

GR. DI Georg TOPF

20.10.2011

## **A N T R A G**

Betr.: Kernstockgasse - St.-Andräplatz, Anrainerbeschwerden

Von den Bewohnern rund um den seit März des heurigen Jahres neu benannten St.-Andräplatz wird immer wieder massiv Beschwerde darüber geführt, dass unter anderem auch die Besucher des VINZI-Nests in der Kernstockgasse 14 vor der Öffnung um ca. 17:00 Uhr, aber auch nach der Schließung um ca. 22:00 Uhr sich auf diesem Platz lautstark aufhalten, Motoren von abgestellten Fahrzeugen laufen lassen, Unrat, Kleidungsstücke, Essensreste etc. zurücklassen und bedauerlicherweise auch direkt am Platz oder im Nahbereich ihre Notdurft verrichten. Dabei kommt es naturgemäß zu zum Teil unerträglichen Lärm- und Geruchsbelästigungen, aber auch zu einer nicht unerheblichen Verschmutzung des Platzes. Diese Situation wurde auch in einer durch das Friedensbüro initiierten Versammlung am 22.09.2011 unter dem Motto „Verbesserung des Zusammenlebens um den St.-Andräplatz“ eingehend diskutiert, wobei die Themenbereiche „Parken“, „Fäkalien“, „Campieren“, „Müll“, „Unleidliches Verhalten“ und „Lärm“ angesprochen wurden. In diesem Zusammenhang wird ebenso auf das Ergebnisprotokoll einer Besprechung in der Stadtbaudirektion vom 13.10.2011 verwiesen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen bzw. ersuchen, eine sowohl für die Nutzer brauchbare als auch gegenüber der anrainenden Bevölkerung vertretbare Lösung für diese Lärm-, Verschmutzungs- und Geruchsproblematik am St.-Andräplatz zwischen Pfarrkirche und Pfarramt gemeinsam mit der Pfarre, Nachbarvertretern und dem mit dieser Problematik bereits befassten Friedensbüro zu erwirken, um den Platz wieder einer geordneten und verträglichen Nutzung zu zuführen. Dem Gemeinderat soll ein Bericht hierüber ehemöglichst vorgelegt werden.

Betreff: Stufenplan für ein  
Plastiksackerl-Verbot



GRAZ

**Gemeinderatsklub**  
A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872 2120  
Fax: (0316) 872 2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at

Graz, 18. Oktober 2011

## ANTRAG

an den Gemeinderat  
eingebracht von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 20. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Plastiksackerln sind ein Symbol unserer Wegwerfgesellschaft, sie sind durchschnittlich 30 Minuten im Gebrauch, der Abbau dauert in der Folge 400 Jahre. Es gibt keinen Grund, die Umwelt und die Meere mit Plastiksackerln zu verschmutzen, es gibt gute Alternativen und der österreichische Umweltminister Nikolaus Berlakovich ist gefordert: Spätestens nach der TV-Ausstrahlung der Erfolgs-Doku von Werner Boote „Plastic Planet“ weiß man um die Gefahren und negativen Auswirkungen von Plastik auf Umwelt und Gesundheit. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Initiativen und Projekten bei uns, wie „My Bag is Not Plastic“ in Wieselburg, auch die ÖKO-Region Kaindorf genauso wie eine Vielzahl engagierter Familien, die plastikfrei oder plastiksackerl-frei leben und damit zeigen, dass es sehr wohl geht. Eine bekannte Grazer Verpackungsfirma will sogar eine Initiative unterstützen, in Form einer umweltfreundlichen „Graz-Tasche“ für den heimischen Handel.

Die Regelungen, die Verpackungen betreffen, sind im Bundes-AWG festgeschrieben, landesrechtliche Verbote sind nicht möglich. Die Akzeptanz von Seiten der Bevölkerung für einen Verzicht und für rasche Maßnahmen ist laut Umfragen eindeutig gegeben und deswegen wäre ein Stufenplan für den österreichischen Ausstieg durchaus gerechtfertigt:

1. **Verbot von Plastiksackerln beim Einkaufen** (auch auf Märkten, auch für jene für Obst und Gemüse)

2. **Substituierung von Plastiksackerln durch mehrfach nutzbare Sackerln** (wie beispielsweise Stoffsackerln) und Sackerln aus nachwachsenden Rohstoffen
3. **Generelles Verbot von Plastiksackerln**

Der Umweltminister dementierte erst dieser Tage einen Zeitungsbericht, wonach er einem Plastiksackerl-Verbot bereits eine Absage erteilt hätte. Berlakovich wünscht sich eine einheitliche Regelung und will in der Europäischen Union die Diskussion weiter vorantreiben.

In anderen EU-Ländern und in Übersee ist man aber schon weiter:

- **In Italien** gibt es seit 1. Jänner 2011 ein Plastiksackerlverbot. Dies umfasst alle Tragetaschen, die nicht biologisch abbaubar sind; Tragetaschen die biologisch abbaubar sind, sind weiterhin erlaubt. Damit soll die Umstellung auf wieder verwertbare Stoffbeutel oder Gummitaschen und „Bio-Plastik“ vorangetrieben werden.
- **In Irland** trat 2003 eine Verordnung in Kraft, die die Abgabe von 15 Cent pro Stück Plastiksackerl festschreibt – mit Ausnahmen.
- **In Frankreich** wurden Beschränkungen zur Abgabe von Plastiksackerln ähnlich wie in Italien erlassen. Als Ergebnis haben große Lebensmittel-Einzelhandelsketten die Gratis-Abgabe von Tragetaschen eingestellt.
- **In den USA** können Städte Regelungen im eigenen Wirkungsbereich erlassen: So hat etwa Los Angeles 2007 ein Verbot erlassen, in Washington DC ist nach Einführung einer Abgabe von 5 dollar-cent pro Tragtasche die Anzahl der Sackerln von rund 22 Mio. pro Monat auf 3 Mio. zurückgegangen (!).
- **In China** gibt es seit 2008 Beschränkungen, Taschen dürfen nur noch gegen Entgelt abgegeben werden.

Auch auf EU-Ebene ist inzwischen Bewegung in die Sache gekommen: Die EU-Kommission in Brüssel erwägt, Plastiksackerln mit einer eigenen Abgabe zu belegen oder generell zu verbieten. Ein/e EU-BürgerIn verbraucht laut EU-Kommission pro Jahr im Schnitt 500 Plastiksackerln. 2008 sind in Europa laut Kommission insgesamt 3,4 Mio. Tonnen Plastiktragetaschen hergestellt worden, was dem Gewicht von mehr als 2 Mio. PKW's entspricht (!). Allein im Mittelmeer würden derzeit rund 200 Milliarden Kunststoffteilchen mit einem Gesamtgewicht von 500 Tonnen treiben.

Die EU-Kommission hat kürzlich eine „Öffentliche Befragung“ gestartet. Sie will wissen, wie sinnvoll es wäre, Plastiksackerln mit einem Preis oder einer Steuer zu belegen oder

ob andere Lösungen wie ein EU-weites Verbot von Plastiktragetaschen eher Erfolg hätten.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Abfallvermeidung muss in einer ökologischen Abfallwirtschaft höchste Priorität haben, darum sollen unnötige Plastiksackerln vermieden werden. Dazu sind gesetzliche Regelungen auf Bundesebene notwendig, akkordiert mit den aktuellen Vorhaben der EU-Kommission: Der Umweltminister Nikolaus Berlakovich möge einen Stufenplan für ein Plastiksackerl-Verbot in Österreich in Angriff nehmen.

Betreff:

**Reisegebührenvorschrift der  
Landeshauptstadt Graz – Novellierung**



**GRAZ**

**Gemeinderatsklub**

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

Graz, 20. 10. 2011

## **ANTRAG**

**an den Gemeinderat  
eingebracht von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 20. Oktober 2011**

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden

### **Antrag:**

Seitens der Personalamtes ist umgehend eine Novellierung der Reisegebührenvorschrift auszuarbeiten und dem Gemeinderat ehebaldigst zur Beschlussfassung vorzulegen, die die derzeit noch gültige Differenzierung der Höhe der Tagesdiäten in vier Gebührenstufen je nach Verwendung und Einstufung aufhebt und im Sinne der Gleichbehandlung aller Bediensteten für alle Verwendungsgruppen und Einstufungen die selben Tagesdiäten, konkret jene der Gebührenstufe 4 , vorsieht.

## **Antrag an den Gemeinderat**

der Grünen – ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2011

von

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner**

### **Betrifft: Grazer Stadt-Bäume und Naturdenkmäler sollen online gehen**

Was ist das für ein Baum? Für Grazerinnen und Grazer ist für die Antwort, welcher Baum vor ihrem Haus steht, oft ein Baumführer notwendig. Die Wienerinnen und Wiener können seit kurzem durch ein neues Online-Service der Stadt schnell eine Antwort geben: Über 100.000 Alleebäume in allen Bezirken sind abrufbar: Baumart, Alter, Stammumfang und Kronen-Durchmesser sowie die Baumhöhe sind auf einer Online-Wienkarte sofort zu erfahren. Auch Naturdenkmäler sind dokumentiert, z.B. eine 23 Meter hohe Platane am Rennweg, die 1746 genau dort gepflanzt wurde und die 1805, beim Einmarsch Napoleons bereits ein stattlicher Baum war. Mittlerweile misst ihr Stammumfang sechs Meter.

(Nähere Infos: <http://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/baum-kataster.html>)

In Graz gibt es auf öffentlichem Gut rund 20.000 Stadtbäume, die zwar sehr gut dokumentiert sind, allerdings ist der Baumkataster leider nicht öffentlich zugänglich. Bei – auch einfachen - Fragen zu Bäumen in unseren Alleen oder im Stadtpark besteht nur die Möglichkeit, den zuständige Mitarbeiter der Stadt zu kontaktieren: „Die Holding Graz Services - Grünraum führt ein Verzeichnis (Baumkataster) über diejenigen Bäume, die von der Stadt Graz gepflegt werden. Wer Auskünfte über diesen Baumbestand haben möchte, erhält in der Abteilung die entsprechenden Informationen“ (Zitat, Web Site der Stadt Graz)

Der Naturschutzbeirat der Stadt Graz und auch zahlreiche Grazerinnen und Grazer haben immer wieder den Wunsch geäußert, den Grazer Baum-Kataster öffentlich zugänglich zu machen, bis dato leider ohne Erfolg.

Die Stadt Graz könnte nun dem guten Wiener Beispiel folgen! Folgende Daten zu den Grazer Stadtbäumen sollten online zugänglich sein: Baumart, Alter, Stammumfang und Kronen-Durchmesser sowie die Baumhöhe, Schutzstatus (z.B. Naturdenkmal oder „unterliegt der Grazer Baumschutz-Verordnung“).

## **Frühzeitige Pflegemaßnahmen durch Informationen besorgter BürgerInnen!**

Darüber hinaus sollte es für die BürgerInnen die Möglichkeit geben, Schadensfälle an Bäumen schnell und direkt zu melden. Dies erleichtert auch die Arbeit der zuständigen MitarbeiterInnen der Stadt, da die Beweissicherung bei Schadensfällen und die fachgerechte Umsetzung von allfälligen Baumpflegemaßnahmen umgehend in Angriff genommen werden kann.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

### **Antrag**

Der zuständige Stadtsenatsreferent, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ersucht, an die Holding Graz mit dem Vorschlag heranzutreten, den Grazer Baum-Kataster inklusive der Grazer Naturdenkmäler mit den im Antrag genannten Informationen sowie einer Baumschutz-Hotline über ein Online-System öffentlich zugänglich zu machen.

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

20. Oktober 2011

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

## Antrag

**Betrifft: Mistkübel für den Oberen Plattenweg**

Der Obere Plattenweg ist für viele Grazerinnen und Grazer ein sehr beliebtes Ausflugsziel.

Das Fehlen notwendiger Mistkübel führt allerdings bei vielen BesucherInnen zu Unmut, die deshalb nicht wissen, wohin Jausenreste, Sackerl und Dosen entsorgt werden sollen. Der angrenzende Wald ist dafür denkbar ungeeignet.

Deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag:**

Die entsprechenden Stellen werden angeleitet, am Oberen Plattenweg für eine Bereitstellung von Mistkübeln in ausreichender Anzahl zu sorgen.

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159

Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderat Christian Sikora

20. 10. 2011

## **A n t r a g**

### **Öffis: Jahreskarten müssen wie in Wien billiger werden!**

Ab Mai 2012 kostet das Jahres-Ticket für die Wiener Öffis 365,- statt der bisherigen 449,- Euro. Der Preis von 365,- Euro für die Jahreskarte gilt nur für Sofortzahler, bei monatlicher Abbuchung werden 375,- Euro fällig. Die Preise für Monatsfahrtscheine senkt die Wiener rot-grüne Stadtregierung von 49,50 auf 45,- Euro!

Was in der Hauptstadt möglich ist, muss in der zweitgrößten Stadt Österreichs nach Wien doch auch möglich sein! Die alljährlichen Erhöhungen bei den Grazer Öffis sind ja schon eine immer wieder kehrende gewaltige Ohrfeige und ein Anschlag auf die ohnehin schon schlechte finanzielle Situation für Menschen und Familien mit geringen Einkommen, die auf die Öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Darüber hinaus werden in Graz Vielfahrer geradezu dafür bestraft, dass sie Mehrmonatskarten kaufen und auf das Auto verzichten.

Es ist an der Zeit, dass die Stadt Graz ein Zeichen setzt. Dazu ist es notwendig, in Verhandlungen mit der Graz Holding zu treten, um vor allem Öffi-Vielfahrern entgegenzukommen. Im Vergleich zu Wien müsste allein die Ganzjahreskarte in Graz um mindestens €50,- billiger werden.

Bereits in April heurigen Jahres stellte ich einen Antrag im Grazer Gemeinderat, dass die Tarifverhandlungen wieder in die Hände der Politik gelegt werden müssen und nicht mehr von der Holding bestimmt werden sollen. Auch dieser Punkt gehört rasch umgesetzt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ –Gemeinderatsklubs an den Grazer Gemeinderat folgenden

### **Antrag:**

Die zuständige Stelle des Magistrats und die zuständige Stadträtin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe

1. die Holding Graz aufzufordern, mit dem Verkehrsverbund Steiermark in Verhandlung zu treten, dass angelehnt an das Wiener Modell auch in Graz die Jahreskarten für die Öffis stark verbilligt und dadurch Vielfahrer belohnt werden.

2. Des weiteren wäre auch zu prüfen, ob angelehnt an meinen an den Grazer Gemeinderat gestellten Antrag im April heurigen Jahres die Tarifgestaltung der Grazer Öffis wieder rasch in die Hände der Grazer Politik gelegt werden kann

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159

Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderat Christian Sikora

20.10.2011

## A n t r a g

### **Betrifft: Umweltaktion im Grazer Stadtgebiet – Verbot von Plastiksackerln und Kunststoffverpackungen**

Bereits im Jänner heurigen Jahres startete ich eine Initiative, die sich für die Verbannung von Plastik- und Kunststoffverpackungen im Grazer Stadtgebiet aussprach.

Sehr viele Staaten auf allen Kontinenten haben sich bereits dazu entschlossen, den aus Erdöl gefertigten Plastiksackerln, aber auch den Verpackungen aus Kunststoff den Garaus zu machen - meist aus ökologischen aber auch ökonomischen Gründen. Kunststoff verbraucht fossile Ressourcen und verrottet über viele Jahre hindurch nicht. So werden zum Beispiel weltweit jährlich ca. 600 Milliarden Plastiksackerln hergestellt. Die meisten davon werden im Schnitt nur kurzzeitig benutzt, um dann im besten Fall auf Deponien zu landen, wo sie bis zu 400 Jahre dahinrotten.

Seit Anfang heurigen Jahres springen nun jedoch immer mehr Grazer Unternehmen auf den Zug um den Kampf gegen das Plastiksackerl und gegen Verpackungen aus Kunststoff auf. Zum Einsatz kommen zunehmend kompostierbare Bioplastiktaschen. Aber auch sogenannte „longlifebags“, Taschen aus Baumwolle oder anderem Gewebe, die auf eine mehrmalige Verwendung ausgerichtet sind, werden wieder verstärkt angeboten. Da müsste allerdings darauf geachtet werden, biologisch abbaubare Tragtaschen generell billiger anzubieten als Plastiksackerl, um so den Konsumenten einen Anreiz zum Umstieg zu geben.

Ein nächster Schritt wäre ja, die Verpackungen für die Waren selbst, die leider noch immer zumeist aus Kunststoff sind, nach und nach durch umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen. Aber auch hier könnten regionale Produzenten bei den Grazerinnen und Grazern bestimmt punkten und ihr Augenmerk auf heimische Produkte lenken, zumal das Grazer Verpackungszentrum bereits ökologische Alternativen für den Markt bereithält.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an den Grazer Gemeinderat folgenden

## A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, eine für das Grazer Stadtgebiet und auch als österreichisches Vorzeigeprojekt einzigartige Umweltaktion ins Leben zu rufen, welche eine flächendeckende Einführung von Verpackungen und Tragtaschen aus alternativen umweltbewussten Materialien vorsieht. Auch sollte diese Umweltaktion eine enge Zusammenarbeit mit der Forschung der TU Graz und der Grazer Verpackungsindustrie vorsehen.

**Gemeinderat  
Gemeinderätin Ingrid Benedik**

**Antrag**, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2011 von Gemeinderätin  
**Ingrid Benedik**

An den  
GEMEINDERAT  
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 20.10.2011

Betreff: Motorbetriebene Staub- und Laubblasgeräte  
**Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In verstärktem Maße kommen gerade in der Herbstzeit motorbetriebene Staub- und Laubblasgeräte zur Verwendung. Diese von öffentlicher wie auch privater Seite benützten Geräte sind hinsichtlich ihrer Lärmentwicklung und hinsichtlich der Feinstaubherzeugung durchaus als bedenklich zu bewerten. Laubbläser sind mittlerweile in jedem Baumarkt erhältlich und erreichen bisweilen einen Schwellenwert von 100 Dezibel, also ungefähr die Werte eines Pressluftbohrers. Da mittlerweile beinahe jede größere Hausverwaltung zumindest eines dieser Geräte besitzt, gilt es seitens der Stadt Graz, entsprechende Regeln aufzustellen.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

**Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, eine Überprüfung durchzuführen, ob im Rahmen einer ortspolizeilichen Verordnung der uferlose Gebrauch dieser Geräte wirkungsvoll eingedämmt werden kann. Die zuständigen Stellen werden gegebenenfalls beauftragt, eine solche Verordnung auszuarbeiten und diese in der Folge zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.**

**Gemeinderat  
Christoph Hötzl**

**Antrag**, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 20.10. 2011 von Herrn  
Gemeinderat **Christop Hötzl**

An den  
GEMEINDERAT  
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 20.10.2011

Betreff: Umweltfreundliche „Sackerl“ zur Entsorgung von Hundekot  
**Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ein eventuelles Verbot von Plastiksäcken ist gegenwärtig auf Bundesebene Gegenstand zahlreicher Diskussionen. Unabhängig vom endgültigen Ausgang dieser Debatten kann die Stadt Graz bereits im eigenen Wirkungsbereich mit gutem Beispiel vorangehen.

An zahlreichen öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen sind Ständer zur Entnahme von „Plastiksackerln“ zur Entsorgung von Hundekot angebracht. Nun existiert hierzu in vielen europäischen Ländern bereits eine umweltfreundliche Alternative. In Deutschland, den Niederlanden und in England werden zur Entsorgung von Tierexkrementen seit geraumer Zeit verstärkte und geruchsneutrale Papiersäcke ausgegeben. Diese kleine aber wirkungsvolle Maßnahme wäre im Grazer Stadtgebiet rasch umsetzbar und würde einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

**Die zuständigen Ämter sowie die zuständige Stadtsenatsreferentin werden beauftragt, die Einführung von „Papiersackerl“ zur Entsorgung von Tierkot zu prüfen und die hierzu notwendigen Schritte ehebaldigst einzuleiten.**

**Gemeinderat  
Ing. Roland Lohr**

**Antrag**, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 20.10. 2011 von Herrn  
Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

An den  
GEMEINDERAT  
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 20.10.2011

Betreff: Fehlender Gehweg Wetzelsdorferstraße (L 301) im Stadtgebiet  
(Kreuzungsbereich Alte Poststraße / Wetzelsdorferstraße bis  
Bahnübergang / Faunastraße und Wetzelsdorferstraße)  
**Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

An der im Betreff bezeichneten Örtlichkeit gibt es zwar eine zweispurige  
Straßenführung, aber keinen Gehweg / Fußgängerweg. Zunehmendes Kfz-  
Verkehrsaufkommen, besonders aufgrund des Einpendel- und Auspendelverkehrs,  
lässt diese Situation für Fußgänger immer kritischer werden. Regelmäßig sind  
Fußgänger zu beobachten, die mangels Alternativen direkt auf der Fahrbahn gehen.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

**Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, an der im  
Betreff bezeichneten Stelle die Errichtung eines Fußweges zu prüfen und  
allenfalls die notwendigen Schritte zur Umsetzung einzuleiten bzw. mit eben  
diesem Ansinnen an die zuständigen Behörden heranzutreten.**

**Gemeinderat  
Klubobmann Mag. Armin Sippel**

**Antrag**, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2011 von Herrn  
Gemeinderat **Mag. Armin Sippel**

An den  
GEMEINDERAT  
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 20.10.2011

Betreff: Wiedererrichtung bzw. Schaffung eines Sozialraumes im Bereich  
Schönausiedlung/ Neuholdaugasse/ Fröhlichgasse  
**Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Rahmen einer Bürgerversammlung im Bezirk Jakomini monierten betroffene Bürger nachhaltig, dass an den im Betreff angeführten Örtlichkeiten zahlreiche Personen in der Öffentlichkeit regelmäßig Alkohol in übermäßigen Mengen konsumieren würden. Die daraus resultierenden Begleitumstände stehen im Widerspruch zu einem Wohngebiet, das auch für zahlreiche Kinder den Lebensmittelpunkt darstellt. Es gilt hier also, einen Weg zu finden, der den Bedürfnissen der Anwohner gerecht wird, der aber auch den betroffenen – eventuell suchtkranken – Personen Raum bietet.

Nach Auskunft der, bei gegenständlicher Besprechung ebenfalls anwesenden, Stadträtin Elke Kahr, gab es in diesem Einzugsgebiet bis vor wenigen Jahren einen mittlerweile geschlossenen Sozialraum, der diesen Personen als Zufluchtsort diente. Nun könnte gerade in der Eröffnung einer solchen Räumlichkeit die Lösung für oben genannte Problemstellung liegen. In einem Sozialraum sollten sich die betroffenen Personen ungezwungen aufhalten können, Kaffee zubereiten und selbst mitgebrachte Speisen und Getränke – hochprozentige Alkoholika ausgenommen – konsumieren dürfen.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

**Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, im Einzugsbereich der im Betreff angeführten Örtlichkeit die (Wieder-) Eröffnung eines Sozialraumes im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen, ein geeignetes Objekt zu suchen und gegebenenfalls die notwendigen Schritte zur Durchführung einzuleiten.**

eingbracht am: 20.10.2011



## **ANTRAG**

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Abg. Gerald Grosz  
**betreffend „Rückbau des Sonnenfelsplatzes“**

Seit 11. Oktober 2011 haben wir auch bei uns in Graz einen „Shared-Space“-Platz. Mit großem Pomp und grüner Jubelstimmung wurde er eingeweiht, um dem Verkehr in Graz fürderhin auch eine anarchische Note zu geben. Ein Chaos, das sich selbst regeln soll und das auf einem der neuralgischen Punkte dieser Stadt.

Nun ist es zu begrüßen, wenn die Verantwortlichen Neuem und Unorthodoxem gegenüber aufgeschlossen sind, nur darf man dabei nicht darauf vergessen, dass Neuerungen – vor allem, wenn sie so kostenintensiv sind – immer auch praktikabel sein müssen. In diesem Zusammenhang ist das Konzept für diesen Platz leider entschieden abzulehnen. Eine gute Woche wird der Platz jetzt befahren und begangen und es wurde offensichtlich, dass weder Fußgänger, noch Autofahrer noch Radfahrer zufrieden mit der Verkehrssituation sind. Verkehrsregeln wurden eingeführt, um es allen Verkehrsteilnehmern leichter zu machen, sicher und unbeschadet von A nach B zu kommen. Diese an einem der meist befahrenen Kreisverkehre dieser Stadt quasi aufzuheben, weil man in der Abteilung für Verkehrsplanung offensichtlich 750.000 Euro zu viel hatte, ist verkehrs- und sicherheitspolitischer Nonsens. Dies wird auch durch zahlreiche Schilderungen von GVB-Mitarbeitern untermauert, welche die Route über den Sonnenfelsplatz gefahren sind und die vorherrschenden Bedingungen als verheerend bezeichnen. Des Weiteren ist der Platz für Menschen mit Behinderungen, zum Beispiel und insbesondere für blinde Menschen eine besondere Gefahr, was uns letzte Woche mehrere Male zugetragen wurde. Hier ist Gefahr im Verzug, weswegen der Platz umgehend einem Rückbau unterzogen werden muss.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

## **ANTRAG**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Das „Shared-Space“-Konzept auf dem Sonnenfelsplatz wird wegen Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Verzug zurückgenommen, der Verkehr wieder auf ‚traditionelle‘ Weise geregelt und der Platz entsprechend den Regeln zur Einhaltung der StVO adaptiert.“

**GENUG  
GEZAHLT!**

[www.bzoe-graz.at](http://www.bzoe-graz.at)

Unabhängiger Gemeinderat  
Mag. Gerhard Mariacher

An den  
Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Graz, den 20. Oktober 2011

## ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

des Gemeinderates Mag. Gerhard Mariacher

**betreffend „Intensivierung der Geschwindigkeitskontrollen sowie Errichtung ausreichender Infrastrukturbauten zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer im Bereich Thalerseestraße, Bezirk Wetzelsdorf resp. Eggenberg (Bezirksgrenze)“**

Anrainer beschweren sich zu Recht, dass von zahlreichen Fahrzeugkernern die Geschwindigkeitsbeschränkung in der Thalerseestraße nicht eingehalten wird. Die Thalerseestraße ist eine Nachrangstraße, in der die Höchstgeschwindigkeit mit 30 km/h beträgt. Leider ist dieser Umstand vor Ort weder durch Verbotstafeln noch durch - wie vielerorts üblich - durch gelbe Bodenmarkierungen für die Kraftfahrer ausreichend ersichtlich.

Durch die teilweise massiven Überschreitungen der hier örtlich gegebenen Geschwindigkeitsbeschränkung - sie wird trotz erfolgter mehrfacher Aufforderung von Anrainern seitens der Polizei nur in völlig unzureichender Weise kontrolliert - werden tagtäglich Fußgänger, Wanderer, Radfahrer, Kinder & Jugendliche sowie in Ausübung ihrer Dienstpflicht marschierende SoldatInnen massiv gefährdet.

Die Stadt Graz ist auch selbst in die Pflicht zu nehmen, hat sie es doch verabsäumt parallel zu erteilten Bebauungsbewilligungen für Wohnbauten für ausreichenden Schutz der Anrainer durch Errichtung von Gehsteigen und Schutzwegen etc. zu sorgen. Auch einen Zebrastreifen von der Thalerseestraße über die Steinbergstraße zum Gasthaus Dorner bzw. zur dortigen Bushaltestelle stadteinwärts gibt es immer noch nicht, so dass auch hier weiterhin eine enorme Gefährdung für Fußgeher - vor allem während der Dämmerung - besteht.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

## ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. „Vizebürgermeisterin Rücker wird aufgefordert für die Errichtung von städtebaulichen Infrastrukturmaßnahmen (Gehsteige, Zebrastreifen) zum Schutze der Fußgänger im Bereich Steinbergstraße / Thalerseestraße im Bezirk Wetzelsdorf Resp. Eggenberg zu sorgen.
2. Bürgermeister Mag. Nagl wird gebeten an das Stadtpolizeikommando Graz heranzutreten, um eine deutliche stärkere Überwachung der in der Thalerseestraße gegebenen Geschwindigkeitsbeschränkung zur Eindämmung einer signifikanten Unfallgefährdung der schwächsten Verkehrsteilnehmer durch die Exekutive zu erwirken.“